... vom Verleger versendet
V. D. D. „Journal expédie par l'éditeur"

1. Jahrgang · Nr. 11 · Preis 20 Groschen · 6 Seiten

der Judenstaat

zionistisch-revisionistisches Organ — Erscheint wöchentlich

Abonnement-Preis: Oesterreich: vierteljährig Schilling 2·40, halbjährig Schilling 4·50, ganzjährig Schilling 8·50 / Polen: vierteljährig Zloty 3·—, Tschechoslowakei: vierteljährig Kc. 12·— / Schweiz und übrige Länder: vierteljährig Schweizer Franc 2·40 / Oesterr. Postsparkassenkonto B-11.035

Wien, Freitag, den 28. Juli 1933
וינה, ביום ו' ה' אב תרצ"ג

Redaktion und Administration: Wien, 9., Berggasse Nr. 16 · Telephon Nr. A-17-5-40
Alleinige Anzeigen-Annahme Annoncen-Expedition Heinrich Schalek, Wien, 1., Wollzeile 11, Telephone: R-26-0-81, R-26-0-82

Massenverhaftungen in Palästina

Jerusalem, 24. Juli. (Spezialtelegramm des »Judenstaat«). Infolge von Denunziationen sozialistischer Kreise sind in ganz Palästina Massenverhaftungen von Revisionisten vorgenommen worden. In Tel-Aviv sieben Personen, darunter der Redakteur des »Chasit Haam« Aba Achi Meïr, der Administrator der Zeitung Lichter, der bekannte hebräische Schriftsteller und revisionistische Publizist Dr. Jewin.

Die Verhafteten wurden nach Jerusalem gebracht.

Auch in Jerusalem und in den Kolonien Kfar Saba, Nathania und Ramath Gan sind ähnliche Verhaftungen vorgenommen worden.

Vier von den zwanzig Festgenommenen wurden sofort nach dem ersten Verhör bedingungslos in Freiheit gesetzt, darunter Dr. Jewin und Lichter, später weitere vier gegen eine Kaution von je 200 Pfund.

Bei einem der Verhafteten wurde ein Revolver vorgefunden, bei zweien aus den Kolonien Gewehre und bei einigen konstatiert, daß sie ohne Visa ins Land gekommen waren.

Die Verhaftungen wurden nicht im Zusammenhang mit dem Mord Dr. Arlosoroff vorgenommen. Die Polizei will vielmehr eine Gesellschaft »revolutionär Zionisten« entdeckt haben, die eine illegale jüdische Selbstschutzformation darstellen soll.

Noch eine Verhaftung

Jerusalem, 26. Juli. (Spezialtelegramm des »Judenstaat«). Wie in letzter Stunde berichtet wird, soll ein junger Jude namens Rosenblatt verhaftet worden sein, von dem die Polizei behauptet, daß er in die Affaire der Ermordung Dr. Arlosoroffs verwickelt sei. Auch ihn glaubt die Witwe nach Arlosoroff — ähnlich wie im Fall Stawski — mit »Sicherheit« agnoszieren zu können. Wenn man die Vorgänge der letzten Tage, die wahllosen Verhaftungen und Enthaftungen, in Erwägung zieht, so wird man diese neue Polizeimeldung mit der entsprechenden Vorsicht aufnehmen müssen.

Stawskis Haft wieder verlängert

Jerusalem, 21. Juli. (Spezialtelegramm des »Judenstaat«). Am 20. Juli wurde Abraham Stawski zum drittenmal vor das Friedensgericht gebracht. Der Richter Bodili leitete die Verhandlung. Der staatsanwaltliche Funktionär Schitriti (ein sephardischer Jude) stellte nach längerer Rede den Antrag, die Polizeiuntersuchung um 15 Tage zu verlängern, da es noch immer nicht möglich war, diese zum Abschluß zu bringen. Der Richter hörte einige Zeugen, Experten und jene Beduinen an, die als »Ausspürer« der Fußtritte verwendet wurden, und beschloß schließlich die Präventivhaft Stawskis neuerlich bis zum 3. August zu verlängern.

Am selben Tag und vom selben Richter wurde über den jungen Jehuda Münz verhandelt. Auch bei ihm verlangte die Polizei eine Haftverlängerung von sieben Tagen. Sie wurde gewährt. Der Richter ließ es sich aber nicht nehmen, festzustellen, daß die Beweise gegen Münz »auf sehr schwachen Füssen« stehen und daß er den Verlängerungstag nur stattgebe, um der Polizei entgegenzukommen.

Vladimir Jabotinsky:

Methode Moskau

Sie wollen also in Palästina einen «Monstreprozeß» gegen die Revisionisten inszenieren, wie man es etwa in Moskau gegen die Saboteure macht. Und sonderbar: die Regisseure dieser Inszene folgen getreu den Richtlinen jener Denunziation, die Herr Berl Kazenelsohn, der Wortführer der roten Hetzpartei, auf einer «geheimen» Sitzung der Aktionskomitee-Mitglieder in Tel-Aviv loslies. Er verkündete als erster die Entdeckung, daß es bei den Revisionisten und Betarim in Palästina eine «Gruppe von Terroristen» gibt; er deutete sogar wisserisch pointierend auf deren Namen hin. Eines bleibt nur etwas unklar: auf welchem Weg die Denunziation dieses Herrn Katzenelsohn zur Polizei gelangte. Es gibt zwei Möglichkeiten. Die eine ist, daß sie auf langem Umweg über Warschau glücklich nach Jerusalem gelangt ist, denn sie ist zum erstenmal im Druck in Warschauer «Hajnt» erschienen, von wo aus man ja auch Luftpost und Telegraph, die es in der Welt gibt, handhaben kann. Es gibt ja auch, Gott sei gelobt, noch Menschen, die sich solcher Mühe unterziehen. Die zweite Möglichkeit ist die eines kürzeren direkteren Weges: Beide Möglichkeiten sind sehr ehrenhaft. Wir gratulieren Herrn Katzenelsohn und seinen «Mitarbeitern» zum verheißungsvollen Beginn einer neuen Karriere!

An und für sich sind die Massenverhaftungen von Revisionisten in Palästina eine hoffnungslose Dummheit. Acht von ihnen sind bereits wieder in Freiheit; den anderen gegenüber ist die Polizei in nicht geringer Verlegenheit. Aus der ganzen Geschichte wird wieder nichts werden. Hier wird es noch zehnmal schwieriger sein, zu einem ordentlichen Gerichtsverfahren zu gelangen als im Falle Stawski. Achi Meir und Jewin, und die kenne ich persönlich, kenne alle ihre temperamentvollen Uebertreibungen (jeden Monat fast muß ich ihnen einen bösen Brief wegen ihres überschäumenden Stils schreiben; aber jetzt, da ich sehe, mit welchen erbärmlichen Pack sie sich herumschlagen müssen, verstehe ich ihren überschäumenden Stil); ich kenne aber auch ihre Verdienste, vor denen ich meinen Hut ziehen und ich schicke ihnen ins Gefängnis den Kameradschaftsgruß. Und besser als alles kenne ich ihr Programm, ihre Tätigkeit und ihre Absichten. Die palästinensische Polizei, sogar die 30.000 organisierten freiwilligen Spitzel und die mächtige Unterstützung jener geheimen Hinterkulissen-Hand, die jetzt aus dem Arlosoroff-Fall ein wenig Kapital für das Mandatsregime schlagen will — diese ganze edle Sippschaft, sie kann aus der Haut fahren, bersten, mit dem Kopf an die Wand hämmern: es wird ihr nicht gelingen, Achi Meir und Jewin und die anderen mit dem Mord an Arlosoroff oder mit irgend einem «Terror» in Zusammenhang zu bringen, weil das einfach von A bis Z Lüge ist.

Einiges andere mag der Polizei vielleicht immerhin gelingen. Revolver werden zu finden sein; ich bin sogar sehr zufrieden, daß dieser wichtige Toiletteartikel anscheinend bei den Juden Palästinas keine Seltenheit ist, etwa bei einer Wiederholung der Festtage von 1929 — und ich bin ohne Zweifel nicht der einzige, der davon zufrieden ist. Wir bedauern nur, daß man die Toiletteartikel gefunden hat, denn wer weiß, in wessen Hände sie jetzt fallen. Solche Dinge, meine Herren, müßt ihr in Zukunft besser verstecken. Und das mit den Eingewanderten ohne «Visa». Wenn man weiter suchen wird, wird man wahrscheinlich mehr als «zwei» entdecken, und der liebe Herrgott möge helfen, daß wir wenigstens ein Dutzend anderer verzeichnen können, auch ohne Visa, dafür aber unentdeckt. Seht ihr, solche «Verbrechen» begehen wir und werden sie auch ferner begehen, denn sich auf den Selbstschutz einrichten und nach Palästina einwandern, ohne auf die Sanktionierung durch Hyamson zu warten, ist heilige Pflicht aller Zionisten ohne Unterschied der Partei. Aber das Geplärr vom Terror wird nicht verfangen, denn «Lügen haben kurze Beine», auch in Palästina, wiewohl sie dort soviele Propheten haben.

Ich schließe natürlich die Möglichkeit nicht aus, daß eine Bürokratie von jenem Schlag, mit dem wir im Heiligen Land gesegnet sind, durchaus dazu fähig ist, einen Staatsanwalt zu zwingen, mit einer «Anklage» hervorzutreten, sogar in einem solchen Fall, da er selbst, der arme Staatsanwalt niemnnd vor sich sieht, den er anklagen könnte. Warum sollten sie schlechter dran sein als die guten Moskauer? In einem solchen Fall ist durchaus möglich, daß wir nicht nur einen Stawski-Prozeß, sondern sogar einen «Monstre-Prozeß» gegen die schreckliche Gruppe um die Wochenschrift «Chazit-Haam» erleben. Wenn dies der Fall sein sollte, so versichere ich schon jetzt, daß es «nichts helfen» wird. Es ist wahr, es gibt keine Geschworenen in Palästina, die Richter sind Regierungsbeamte; aber auch sie werden sich nicht in einen «legalen Mord» hineinschleppen lassen, insbesondere in einen Prozeß, über den die halbe Welt wachen wird. Und, daß die Welt aufpassen, sehr aufpassen wird, dafür kann gebürgt werden. Aber ein Faktum muß ich unterstreichen und ich tue es mit dem bittersten Gefühl meines Lebens.

In allen Zeitungen stand, daß die Jewish Agency von allem Anfang an vier große Advokaten Palästinas engagierte, um die Anklageseite zu vertreten. Wer Palästina kennt, weiß was das heißt, dem Beschuldigten die Möglichkeit wirksamer Verteidigung vor Gericht zu nehmen. Jene vier Advokaten sind im Lande

die einzigen, die gut Englisch sprechen und auf die Richter Einfluß haben. Außer den vieren gibt es im Lande nur Juristen «zweiter Garnitur», Menschen, von denen einige Talent haben und wahrscheinlich eine schöne Zukunft; vorläufig sprechen sie Englisch wie Ausländer (Hebräisch sprechen doch die Richter nicht) und besitzen noch nicht die Reputation von «großen Advokaten». Jeder versteht es, wie wichtig es ist, auch in sichersten Prozessen, von «großen» Advokaten vertreten zu sein. Diese Möglichkeit hat, wenn die Nachrichten stimmen, die Jewish Agency Stawski genommen (vielleicht auch den «Terroristen»). Das ist ein unerhörtes Unrecht. So handelt man nicht bei Juden! Wozu brauchte man alle vier? Genügten nicht zwei? Ich muß hier ohne jede Zeremonie eine Frage an den geehrten Herrn Farbstein richten, der ein hervorragendes Mitglied der Jewish Agency ist und in Palästina wohnt: ist das wahr?

Kongreßwahl und Innenpolitik

p. h. Wien, 26 Juli

Nun sind die Wahlen zum XVIII. Zionistenkongreß im großen und ganzen vorüber. Das politische Bild des Kongresses ist, sofern man den Ausgang der Wahlen zur Richtschnur nehmen darf, bereits vorgezeichnet, das innenpolitisch-zionistische Verhältnis wieder einigermaßen umrissen.

Charakteristisch und für die Zukunft bestimmend ist der Wahlausgang in den beiden Ländern: Polen und Palästina. In dem Lande der jüdischen Massensiedlung und Massennot und in dem Lande der Konzentration und der Zukunft. Beide standen im Kreuzfeuer des zionistischen Machtkampfes wie noch nie, denn in beiden ist der Zionismus die wahre Volksbewegung, fern von romantischen Intellektualismen und kontemplativem Beobachtertum. Dort ist eine Schlacht geschlagen worden, die eine neue Formierung der schöpferischen und den retardierenden Kräfte im Zionismus ergeben hat.

Das jüdische Palästina ist gegenwärtig der Schauplatz von politischen Vorgängen, die den Atem anhalten lassen. Ein Kreuzzug gegen jene Elemente ist im Gange, die sich bisher mit wunderbarem Elan und schier unglaublichem Patriotenmut von außen und innen kommenden Vernichtungstendenzen entgegenwarfen. Am Falle Arlosoroff soll dieses Element kaltgestellt werden. Die Revisionisten Palästinas leben und atmen seit zwei Monaten in einem Meer von Haß und Terror. Beschmutzt, bespuckt, geschlagen, vom britischen Polizeibütteln angepackt und vom klassenkämpferischen jüdischen Sozialistenbruder denunziert, verfemmt, ausgeliefert, mußten sie einen Wahlkampf bestehen. Sie haben ihn in Ehren bestanden, sich ruhmvoll geschlagen, die vorgeschobene Position des Judenstaatszionismus zäh verteidigt und gehalten. Die behauptete Stimmen- und Mandatszahl in Palästina, mitten in der Brandung der Mordhetze und der Blutlüge — sie ist Beweis dafür, was in Palästina an potentiellem Großzionismus ruht.

Die jüdische Massensiedlung in Polen ist der Resonanzboden der Vorgänge in Palästina. Die Wellen, die hier hochgehen, schlagen dort hinüber. Auch in Polen knallte die rote Propagandapeitsche. Der sozialistische Apparat besaß Geld, Presse, die Stimmungsregie der Unbedenklichen funktionierte, schon war man nahe daran, dem kleinen jüdischen Mann das Gruseln beizubringen. Es ist zu guterletzt mißglückt. Der Revisionismus feiert in Polen bei den Kongreßwahlen einen großen Offensiverfolg.

Ist also in den beiden Ländern der Revisionismus ungeschlagen und gekräftigt hervorgegangen, wird in beiden Ländern das große Heer der Judenstaatskämpfer nun erst wirklich formiert, die wirklich nationale Bewegung gehämmert und geschmiedet, so wird dennoch der achtzehnte Zionistenkongreß das Spiegelbild einer traurigen Entwicklung werden. Die klassenkämpferische Linke hat die sogenannte allgemein-zionistische Mitte aufgefressen und wird entscheidende Bestimmung auf das Geschick der Zionistischen Organisation gewinnen. Die Zweite Internationale übersiedelt in die Organisation Theodor Herzls. Das sozialistische Bonzentum wird vielleicht noch mehr als bisher die zionistische Aufbauarbeit verbürokratisieren können, die zionistische Wirtschaft terrorisieren, den politischen Ausdruckswillen verfälschen und lähmen. Aber wem nicht zu raten ist, dem ist auch nicht zu helfen. Die Allgemeinen Zionisten haben den Linken in den Steigbügel geholfen. Sie können nun zusehen, wie diese mit den wichtigsten zionistischen Geschäften in der Tasche ins rote Niemandsland gemütlich und vergnügt davon traben.

So oder so. Der Zionismus besitzt im Revisionismus eine stahlharte Avantgarde. Die Neuformierung ist vollzogen. Der Revisionismus, neuerlich als die einzige Judenstaatsbewegung legitimiert, kann an die Arbeit gehen, an der ihn kein sozialistischer Machtspruch hindern kann.

Die Kongreßwahlen stellen im Sinne dieser, für die nächsten zwei Jahre giltigen Neuformierung so etwas wie einen Gesundungsprozeß dar.

Kongreßwahl-Ergebnisse

In Polen: Es liegen vorläufig nur die Ergebnisse aus 200 Städten vor, in denen an die 117.000 Stimmen abgegeben wurden. Davon erhielten die »Liga für das arbeitende Palästina« 37 Prozent, die revisionistische Liste Jabotinsky 27·3 Prozent, Misrachi 14·5 Prozent die Gruppe des Sejmdedutierten Grünbaum 9·4 Prozent, Eth Liwnot, Hitachdut und die Liste Meïr Großmanns ungefähr je 3 Prozent. Nach dem Stand dieser Zählung, in der 400 Städtchen und Orte noch nicht inbegriffen sind, würde sich die Mandatsverteilung folgendermassen gestalten: Revisionistische Liste Jabotinsky 24 Mandate, Liga für das arbeitende Palästina 33, Misrachi 12–13, Grünbaum 8, alle anderen Gruppen je 2 Mandate.

In Palästina sind 6 Revisionisten, 35 Linke, 3 Allgemeine Zionisten, 3 Hapoel Hamisrachi und 2 Misrachi gewählt.

Es fanden ausserdem in einer Reihe anderer Länder bereits die Kongreßwahlen statt, über die endgiltige Ergebnisse noch nicht vorliegen. Wir werden in der nächsten Nummer genaue Tabellen bringen.

Die nächste Sitzung des Kuratoriums (Board of Governors) der Hebräischen Universität wurde für Oktober, diesmal zum erstenmal nach Palästina, einberufen. Der Tagung, die im Universitätsgebäude von Jerusalem stattfinden soll, wird auch Dr. Weizmann als Präsident der Hebräischen Universität beiwohnen. Anfang August findet in Zürich eine Zusammenkunft mehrerer amerikanischer Mitglieder des Akademischen Rates der Universität mit dem Universitätskanzler Dr. J. L. Magnes statt.

Zur Lage der Juden in Oesterreich

Die Wiener amtliche Nachrichtenstelle läßt eine Meldung verbreiten, in der sie sich dagegen wendet, daß in den letzten Tagen in der ausländischen Presse Tendenzmeldungen aufgetaucht seien, die von einer Gefährdung der Lage der Juden in Oesterreich zu berichten wußten und Parallelen zu Deutschland zogen.

Demgegenüber wird von maßgebender Seite erklärt, daß in keiner Weise daran gedacht werde, die Stellung der Juden in Oesterreich anzutasten oder Aenderungen in der konfessionellen Gleichstellung vorzunehmen.

Ferienreise nach Polen im August. Wegen Ueberfüllung unserer vorherigen Touren werden unsere billigen Reisen im August wiederholt. Die Reisen können 6-tägig und 30-tägig unternommen werden. Abreise am 9. August. Reservierte Plätze. Weitgehende Ermäßigungen in den polnischen Kurorten. Auskünfte: Intenat. Reisebüro Schenker u. Co., I., Schottenring 9, Tel. R 50-5-10 und Bureau Ferstel, I., Kärntnerring 12, Tel. U 40-301.

Palästina meldet:

Starker Mangel an jüdischen Arbeitern

Wie aus Haifa gemeldet wird, macht sich dort ein starker Mangel an gelernten und ungelernten jüdischen Arbeitskräften fühlbar. Das Arbeitsvermittlungsamt ist außerstande, den zahlreichen Anforderungen nach jüdischen Arbeitern für Hausbau, Straßenbau und andere öffentlichen Arbeiten zu entsprechen. Es ist zu erwarten, daß sich der Arbeitsmangel noch verschärfen wird, wenn mit dem für die nächste Zeit in Aussicht genommenen Bau der neuen Häuser in der an der Haifa Bay gelegenen Arbeitervorstadt begonnen werden wird. Ähnlich lautende Berichte über die Lage auf dem Arbeitsmarkt treffen auch aus anderen Städten und Kolonien ein.

Verwaltungsüberschuß von einer halben Million Pfund

Wie aus dem eben veröffentlichen amtlichen Ziffern über die Verwaltungswirtschaft der Palästinaregierung in der Zeit vom 1. April 1932 bis zum 31. März 1933 hervorgeht, hat die Regierung insgesamt in diesem Zeitraum 2.516.000 Pfund ausgegeben, während ihre Einkünfte 3.016.000 Pfund betrugen. Die Regierung hat somit im abgelaufenen Finanzjahr einen Verwaltungsüberschuß von einer halben Million Pund erzielt.

Regierung und öffentliche jüdische Arbeit

Wie die Jüdische Telegraphen-Agentur erfährt, hat die Regierung nach langwieriegen Verhandlungen über die Heranziehung jüdischer Arbeiter bei der Durchführung öffentlicher Arbeiten der Exekutive der Jewish Agency mitgeteilt, daß etwa ein Drittel des für die Durchführung öffentlicher Arbeiten bestimmten Butgets zur Bezahlung jüdischer Arbeitskräfte verwendet werden soll. In einem Antwortschreiben dringt die Exekutive der Jewish Agency darauf, daß entsprechend den Zusicherungen des Mac Donald-Briefs der jüdischen Arbeit ein größerer Anteil zugewiesen werde. Sie weist darauf hin, daß bereits im Jahre 1930 43 Prozent der Einkünfte der Palästina-Regierung aus jüdischer Steuerleistung stammten.

Wie die Palästinaregierung die Anleihe verwenden will

In einem offiziellen Comunique der Palästinaregierung wird zur allgemeinen Kenntnis gebracht, daß von der geplanten Zweimillionen-Anleihe, deren Ausgabe in der Unterhaussitzung vom 14. Juli vom Kolonienminister Sir Philip Bunliffe-Lister angkündigt wurde. 250.000 Pfund zur Ansiedlung landloser Araber verwendet werden sollen. Weitere nahmhafte Beträge sollen der Kredithilfe für sämtliche Zweige der Landwirtschaft, ein anderer Teil der Anleihesumme solle der Durchführung dringend notwendiger öffentlicher Arbeiten dienen, die im allgemeinen Interesse des Landes liegen, wie Wasserversorgung und Drainage. Einzelheiten sollen später bekannt gemacht werden.

*

Zwei Wächter der Arbeitersiedlung Beth Alpha wurden von Arabern verwundet, als sie Beduinen, die in den Weingarten der Kolonie eingedrungen waren, um Weintrauben zu stehlen, vertreiben wollten. Als die Wächter die Eindringlinge zur Rede stellten, schlugen diese Lärm, woraufhin Araber aus dem benachbarten Araberdorfe herkammen und ein Steinbombardement gegen die Wächter eröffneten.

*

Ein erwachsener und zwei halbwüchsige Araber hatten sich vor dem Gericht in Nazareth wegen der Beschuldigung, den jüngsten Brand im Balfour-Wald gelegt zu haben, zu verantworten. Einer der beiden Jugendlichen wurde zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt, die beiden übrigen Angeklagten wurden freigesprochen.

*

Die Sammlung zugunsten der deutschen Juden haben bis zum 10. Juli 14.600 Pfund ergeben. Die Erziehungskommission des Hilfskomitees befaßt sich derzeit mit dem Plan, 1000 jüdische Kinder aus Deutschland in den verschiedenen Schulen in Palästina unterzubringen.

Simon Meir Perlmann:

Vor den Tagen der Entscheidung

Zionismus ist der Wille der nationalbewußten Juden, in Palästina eine jüdische Mehrheit und in der Folge einen jüdischen Staat zu begründen. Durch die Balfour-Deklaration und das Völkerbundmandat hat die Welt die jüdischen Forderungen auf Palästina anerkannt. Daran kann auch der Umstand nichts ändern, daß in den offiziellen Dokumenten nur von der Schaffung einer jüdischen Heimstätte und nicht eines jüdischen Staates die Rede ist. Das ist die übliche diplomatische Sprache, die, um allen Teilen gerecht zu werden, sich niemals klar ausdrückt. Heimstätten, in denen wir eine Minderheit sind, besitzen wir zur Genüge. Es kann nicht der Zweck des Palästinamandates sein, eine neue jüdische Minderheit, diesmal in Palästina, zu schaffen.

Der zionistische Kongreß ist die Tribüne, von der aus die nationalbewußten Juden der Welt ihre Wünsche kundgeben. Die Personen, welche mit der Leitung der zionistischen Organisation vom Kongreß für die Dauer von zwei Jahren betraut werden, müssen von der zionistischen Idee ganz durchdrungen sein, wenn sie ihre Aufgaben erfüllen und würdig vertreten sollen. Männer, welche an das Grundprinzip des Zionismus d. i. die Schaffung einer jüdischen Mehrheit in Palästina nicht glauben, sind nicht geeignet, Funktionen in der zionistischen Organisation zu bekleiden, auch dann nicht, wenn sie sich in der Vergangenheit noch so große Verdienste um die zionistische Sache erworben haben. Uebernehmen solche Männer zionistische Funktionen, so muß ihr Wirken für den Zionismus verderblich sein. Erklärungen zionistischer Führer, die auch nur einen Teilverzicht zionistischer Forderungen beinhalten, sind als nationaler Hochverrat zu betrachten.

Wir stehen kurz vor dem Zusammentreten des 18. Zionistenkongresses. Die Lage des jüdischen Volkes ist verzweifelt ernst. Gewaltige Massen unseres Volkes, die noch bis vor kurzem dem Zionismus teilnahmslos, wenn nicht gar feindlich gegenüberstanden, sehen in diesem ihre einzige Rettung. Es besteht jedoch die große Gefahr, daß der XVIII. Zionistenkongreß eine Fortsetzung der bisherigen Politik, in einer noch weit schlimmeren Art bringe. Die zionistischen Sozialdemokraten (die passendste Bezeichnung für die Hitachduth und Poale Zion) schicken sich an, die Macht in der Zionistischen Organisation an sich zu reißen. Eine sozialdemokratische Leitung in der zionistischen Organisation bedeutet deren stille Liquidation. Das ist keine Uebertreibung. Wir haben sozialdemokratische Regierungen in fast ganz Europa am Ruder gesehen. Ihr Wirken war gekennzeichnet durch totale Unfähigkeit im Handeln und Mangel an Mut, beides in einem Ausmaß, wie sie verantwortliche Politiker in der Weltgeschichte noch nicht gezeigt haben.

Die sozialdemokratische Regierung des Großstaates Preußen wurde von einem Hauptmann und zehn Mann schimpflich davongejagt. Es liegt wahrlich kein Grund zur Annahme vor, daß eine sozialdemokratische zionistische Leitung gegenüber einem englischen Kolonialminister oder einem Hochkommissär gegenüber mehr Mut und Charakterfestigkeit aufbringen wird als ihre Genossen, die preussischen Minister. Zu einr solchen Annahme liegt umso weniger Grund vor, als ja unsere zionistischen Sozialdemokraten treue Untertanen der II. Internationale sind, deren Beherrscher die deutschen und österreichischen Sozialdemokraten sind.

Nach der bisherigen von sozialdemokratischen Ministern gezeigten Festigkeit besteht die Gefahr, daß Sozialdemokraten in der zionistischen Leitung den Zionismus ebenso diskreditieren werden, wie ihre andersnationalen Genossen den Sozialismus.

Für die zionistischen sozialdemokratischen Führer ist der Zionismus nur ein ökonomisches Problem. Wegen reinökonomischer Angelegenheiten, wie Streiks, Lohnfragen, internationale Parolen sind sie bereit, wichtigste nationale Interessen preiszugeben. Die soziale Struktur des Landes erscheint ihnen wichtiger als eine jüdische Mehrheit. Sie machen immer wieder Versuche, sich an die arabischen Arbeiter anzubiedern, obwohl diese in erster Reihe antizionistisch sind. Ihre Politik gleicht dem Vorgehen eines Mannes, der ein Haus bauen will und, ohne sich um das Fundament und die Mauern zu kümmern, die größten Sorgen der Inneneinrichtung zuwendet.

Man spricht von einer Koalition anderer Parteien mit unseren Sozialdemokraten zwecks Bildung einer auf großer Mehrheit basierten Leitung. Es ist wahr, die Sozialdemokraten sind ein ziemlich bequemer Koalitionspartner. Sie sind nachgiebig, für alles zu haben und bestehen nur darauf, den Schein zu wahren, daß sie um ihre sozialdemokratischen Ziele hart kämpfen. Ihr Mitwirken muß trotzdem für die Koalitionsgenossen lähmend und hemmend sein. Denn sie sind, sozusagen von Natur aus, Defaitisten und werden ihre Koalitionsgenossen zur Preisgabe auch wichtiger Ziele drängen, um nur einen Kampf zu vermeiden. Wird die Jewish Agency 1000, oder noch 1000 Zertifikate gnadenweise bekommen, werden sie höchst befriedigt sein, und ihre Hauptsorge wird stets der Aufteilung dieser Zertifikate unter ihre Leute gelten. Der Sieg bei irgend einem Lohnstreik ist ihnen wichtiger als freie Einwanderung.

Das zionistische Problem ist äußerst schwierig. Es hat in der Weltgeschichte kein Beispiel. Nur eiserne Konsequenz, unbeugsamer Mut und Opferwilligkeit bis zur Entsagung werden uns zum Ziele führen. Solange wir in Palästina keine Mehrheit haben, darf es im Zionismus keine andere Ziele geben, als eben dieses eine, sie möglichst schnell zu erreichen, auch unten den schwersten Opfern. Es gilt keine Zeit zu verlieren! Solange Palästina nicht zu einem Erez Israel geworden ist, darf es im Zionismus nichts anderes geben als das Bestreben, es möglichst rasch zu vollbringen.

Auf einem Schiff das sich in Seenot befindet entscheiden keine Majoritäten, keine Abstimmungen. Die Kleinmütigen, auch wenn ihrer viele sind unterwerfen sich den Befehlen der Mutigen und Entschlossenen, auch wenn deren Zahl wieder nur gering ist.

Das jüdische Volk ist in höchster Not, es kann sich im wahrsten Sinne des Wortes den demokratischen Institutionen nicht ausliefern, die es den Akteuren so bequem machen.

Die nationalbewußten Juden wollen den Judenstaat, auch wenn sie es nicht verstehen, diesem Wollen bei Kongreßwahlen den Ausdruck zu verleihen. Sie wollen, daß der XVIII. Zionistenkongreß sie zu diesem Ziele führe.

Wird der Kongres dieses Wollen verstehen und danach handeln? Es wäre ein nationales Unglück, täte er es nicht.

Dr. Alexander Elmer:

Keinen Staat, kein Militär - was wollt ihr?

Israel war ein Kriegsvolk. Es gelangte in den Besitz Palästinas nicht im Wege der friedlichen Einwanderung, sondern durch Eroberung. Zuerst drang es siegreich über Arnon nach Transjordanien vor und eroberte dieses bis Jabok, dann zog es über den Jordan nach Zisjordanien und eroberte seine Berge. Im Besitz der Täler erreichte es nach siegreicher Schlacht das Kischontal (Emek Jesreel). Diese Schlacht unter Führung Deboras und Baraks hat für Jahrhunderte über das Schicksal von Kanaan entschieden. Die Besitznahme von weiteren Teilen Transjordaniens, von Jabok bis Jarmuk, hat sich nachher allmählich vollzogen [1]). Zum Meere gelangten die Israeliten, nachdem sie unter David die Philister aufs Haupt schlugen und ihnen die Saron-Ebene mit dem Hafen Nafot-Dor (Jaffa?) [2]) entrissen haben. Ueber hundert Jahre sich immer wieder erneuernde hartnäckige Angriffe der überwiegenden aramäischen Streitkräfte, die über Palästina zum Meere gelangen wollten, scheiterten an der Standhaftigkeit der Israeliten. Vor dem assyrischen und babylonischen Koloß hat sich Israel nicht gebeugt, — es mußte von ihm erst nach langjähriger Belagerung von Samarien und Jerusalem zermalmt werden.

Der militärische Geist Israels zeigte sich nicht nur in seinen Taten, sondern auch in allen Gebieten seines Lebens: in der Religion, in Redensarten, in Liedern in Gesprächen. Seine Religion ist durchaus männlich, aristokratisch, kriegerisch. Jahve ist vor allem ein Kriegsgott, Josua sieht ihn mit dem Schwert in der Hand [3]). Nach der Legende steigt der Prophet Elias in den Himmel «in einem Kriegswagen», eine andere Legende nennt den Propheten Elischa «Wagen und Reiter Israels». Die gegenseitige Begrüßung lautet: Jahve imcha gibbor hechajal» (Gott sei mit dir, tapferer Kriger) [4]). Die israelitischen Frauen gingen ihren vom Schlachtfelde heimkehrenden Männern mit Gesang, Tanz und Trommelschlag entgegen und beehrten die heldenhafte Aufopferung der jugendlichen Tochter Jiftachs mit einem jährlichen Festtag [5]). — Die Kriegstaten der Ahnen bildeten das Lieblingsthema des Gesprächs. Man sprach von ihnen auf öffentlichen Plätzen, vor den Toren der Stadt, bei der Quelle im Dorfe, am Tische während des Gastmahls. Wandernde Sänger besangen sie in Liedern [6]).

Das alles hat sich geändert, als Israel seinen Staat verloren hatte. Aus der Polittik hinausgestossen, ohne Hoffnung, seinen Staat wieder aufzurichten, gab es sich religiösen Betrachtungen hin und entwickelte ein System, nach welchem seine historische Vergangenheit beurteilt und dargestellt wurde.

Die Redaktoren der Bibel waren im Besitze der Geschichtsquellen, auf die sie sich oft im Texte berufen, sie beabsichtigen aber nicht, ein treues Bild der Geschichte zu entwerfen, sondern historische Tatsachen ihrer Idee anzupassen. Den Grundgedanken der Bibel kann man in folgendes Schema zusammenfassen: Sünde, Strafe, Erlösung. Die ganze Heldengeschichte Israels war eine Sünde! Die Katastrophe Samariens und Judäas — eine Strafe für die Sünde! Die Rückkehr zu Jahve und Befolgung seiner Gesetze sind Bedingungen der moralischen und politischen Erlösung des Volkes.

Diesen religiösen Pragmatismus sui generis führten die Redaktoren der Bibel mit großer Konsequenz durch. Zwar hat die Erziehung in diesem Geiste, im Komplex ritueller Vorschriften das Volk von der Sklaverei nicht befreit, es hat aber unter großen Leiden und vielen moralischen und materiellen Schäden doch durchgehalten und im Laufe von 25 Jahrhunderten die mächtigen Völker, die seine politische und nationale Existenz ersticken zu können glaubten, überlebt.

Ich wage zu fragen: geht es uns nur darum, durchzuhalten oder ist es endlich heute angesichts der schrecklichen Verheerungen in unserer physischen und psychischen Konsistenz nicht ein Gebot der Stunde, das Endziel des Durchhaltens entscheidend in Erwägung zu ziehen?

Die negativen Wirkungen der biblischen Erziehung waren: der politische Messianismus und die Ablenkung des Volkes vom Staat und Staatsnotwendigkeiten. Im interpolierten Abschnitte I Samuelis VIII, 11—18 warnt die Bibelredaktion vor dem Staate. Die Bibel lenkt nicht nur die Aufmerksamkeit des Volkes vom Staate ab, sondern zieht gerade eine Abneigung gegen den Staat und gegen das Militärische groß (Deut. XX 5—7, Interpolation u. a.).

Es fällt uns nicht ein, gegen die Religion zu predigen. Die patriarchalischen Legenden, das Buch Ijow, die Propheten und Psalmen sind unvergänglich. Aber die Erziehung des Volkes im messianischen, antipolitischen und antimilitärischen Geiste hat dem Volke die größten Schäden gebracht.

Und so hat man in Judäa zur Zeit Ezras die Samaritaner von der nationalen Mitarbeit ausgeschlossen, wodurch in Samarien eine wichtige politische Position und eine Brücke zu den Mitbrüdern in Galiläa verloren ging. Der plötzliche Zusammenbruch des universalen makedonischen Reiches nach dem Tode Alexanders des Großen traf die Juden politisch unvorbereitet. Sie sahen den großen politischen Umwälzungen, die sich im Orient vollzogen, den Kämpfen und Heeresdurchzügen der Tronprätendenten ganz passiv zu. Das 20 Jahre dauernde Chaos, die Anarchie und die politischen Wirrnisse vermochten sie nicht aus der Rolle der Observatoren herauszureißen und zu bewegen, diese Wirrnisse für eigene politische Interessen, für den Wiederaufbau des eigenen Staates, für eigene Freiheit auszunützen.

Sie warteten geduldig auf neue Beherrscher, auf ein neues Joch! (Das Echo dieser Erignisse: X. Buch Daniel!)

Der Aufstand der Makabäer und Barkochbas legt Zeugnis davon ab, daß der ehemalige Militärgeist und die größte Opferwilligkeit im Volke nicht verloren gingen, aber es griff zu den Waffen nicht für die Staatsidee, sondern für die gefährdete Religion!

Damit erklärt sich, daß die harte Arbeit der Hasmonäer, das Reich zu festigen und Judäa bis zu den einstigen Grenzen des davidischen Reiches auszubreiten auf einen nicht wenig harten Widerstand des Volkes traf, welches nach Vertreibung der Syrer aus Judäa vom Kriege und militärischen Aktionen nichts wissen

[1]) E. Meyer: Die Israeliten und ihre Nachbarstämme, 1906.

[2]) I Reg. IV 11 im Zusammenhange mit I Chr. XXVII 29.

[3]) Jos. V 13—15.

[4]) Jdc. XIX 20 — Ruth II 4.

[5]) Jdc. XI 41.

[6]) Ex. XIII 8—Jdc. V 11.

wollte und dem König Geldmittel, Rekruten und jedwede Unterstützung verweigerte. Die Könige Hyrkanus I. und Alexander Janäus (Jonathan) mußten zu einem Söldnertrupp aus überwiegend fremden Elementen greifen! Ohne Unterstützung des Volkes kämpften sie mit wechselndem Glück unter großen Schwierigkeiten. Es ist fast unglaublich, was uns Josephus Flavius erzählt, daß gegen Alexander Janäus, einem der tapfersten Nachkommen des Jehuda Makkabi, das eigene Volk syrische Truppen ins Land gebracht hat! Dieselben syrischen Truppen, die die Makkabäer nach 25jährigen schweren Kämpfen aus dem Lande vertrieben! Wir wollen keinen Staat, wir wollen ken Militär, wir wollen keinen Krieg! Was wollt ihr? — fragt der König. — Deinen Tod!

Seit dieser Zeit sind 20 Jahrhunderte verflossen und es hat sich in dieser Hinsicht nichts geändert. Wenn du, lieber Freund, hinausgehst, um bei den Juden Geld für den Betar zu sammeln, so sagt der eine: «Ich mag den Betar nicht!» — Und der zweite: «Ihr seid die Radikalen!» — Und der dritte: «Ihr seid die Revolutionäre!» — Die Vorbereitung der jüdischen Jugend zur Verteidigung des palästinensischen Jischuws gegen die Araber heißt — Radikalismus! Die jüdische Staatsidee — Revolution! Beides eine Gefahr für das Judentum!

Wir müssen offen sagen, daß die Bibelerziehung gegen die Staatsidee und gegen den Militarismus im Verlaufe von vielen Generationen ins Blut gedrungen ist: sie ist zu unserem Instinkt geworden. Zum Instinkt sogar dort, wo es gilt sich zu verteidigen, wo die Ehre der Nation, unsere Existenz und unsere Zukunft auf dem Spiele stehen.

Es war keine politische Weisheit, sondern staatsfeindlicher Instinkt, als vor zwei Jahren die Mehrheit des zionistischen Kongresses gegen den Antrag von Jabottinsky in der Frage des Endziels des Zionismus stimmte. Derselbe Instinkt wirft dem Revisionismus vor, daß er in der Frage des Judenstaates «rein demagogische Ziele» habe, daß er «mit photographischer Genauigkeit» alles kopiere, was in militärischer Hinsicht bei anderen Völkern geschieht! Derselbe Instinkt drängt einen großen Teil des jüdischen Volkes in den Schoß der II. und III. Internationale, verhält sich ablehnend gegen die militärische Erziehung der jüdischen Jugend und stimmt in großer Mehrheit für die Listen des politischen Defaitismus. Derselbe Instinkt sabotierte die Arbeit Jabotinskys bei der Errichtung der jüdischen Legion in den Jahren 1914—1917.

Wir erklären diesem Instinkt, diesem Sklaveninstinkt den Krieg!

Das jüdische Volk — so behauptet Renan — hat seine historische Mission vollbracht, habe sich überlebt, sei zum Anachronismus, zur religiösen Sekte geworden! Die Aufstände zur Zeit des Titus und des Barkochba seien große Irrtümer gegen seine Mission, gegen seine historische Bestimmung gewesen.

Wollt ihr — frage ich — eine derartige Ueberzeugung berechtigen, die Ueberzeugung, daß wir keine staatsfähige Nation sind, daß wir den Judenstaat nicht wollen, daß wir nur zum Ghetto, zum Herumirren und zur Erniedrigung bestimmt sind!?

Wir müssen die seit vielen Jahren vernachläßigte zionistische Weltpolitik im Sinne Herzls wieder aufnehmen. Wir müssen uns, um einem etwaigen Zusammenstoß mit den Arabern begegnen zu können, militärisch organisieren. Wir müssen die weltpolitischen Vorgänge beobachten und europäischen Westen vom asiatischen Osten zu scheiden wissen. Zwei entgegengesetzte politische und wirtschaftliche Systeme, von denen das eine das Wirtschaftsleben der ganzen Welt desorganisiert, können nebeneinander für die Dauer nicht bestehen. Palästina und Syrien werden wieder einmal zum Schauplatze eines Durchzuges von großen Militärmassen werden. Sollen diese Ereignisse uns wieder überraschen, wie das im Jahre 1914 der Fall war?

Die Staatsidee verlangt Opfer. In der Stunde der Geschichte müssen wir politisch und militärisch vorbereitet sein. Wenn wir aber beim politischen Defaitismus und politischer Passivität verharren werden, dann fahre wohl, Zionismus, du bist verloren!

Dr. Wolfgang Weisl:

Revisionismus und Sozialismus

III.

Diese Forderungen waren der Anlaß der erbitterten Feindschaft der Sozialistenführer gegen Jabotinsky! Die Führer waren weitgehend als Beamte der Fonde tätig, oder sie waren indirekt von den Fonden abhängig — die Arbeiterbank z. B. hat drei Viertel ihres Kapitals — etwa 75.000 Pfund — von dem Fond «Keren Hayessod» bekommen; die Defizite der sozialistischen Kooperativen zahlten die Fonde (Riesendefizit des Solel Boneh mit etlichen zehntausenden Pfunden); fast sämtliche Beamte des KerenKayemeth sind organisierte Sozialisten. Und von den Parteimitgliedern wurden wir bekämpft, weil neun Zehntel der Kolonisten, die vom Keren Kayemeth und Keren Hayessod angesiedelt werden, Sozialisten waren, obwohl es in Palästina tausende revisionistischer, tausende orthodoxer, tausende yemenitischer und spaniolischer Arbeiter gibt, deren Ansiedlung ungleich billiger wäre und weil diese Sozialisten bisher nie auch nur ein halbes Perzent ihrer Ansiedlungskosten verzinsten, nie auch nur ein halbes Permille der Kosten zurückzahlten, sondern diese Gelder der Fonde als Geschenke für sich betrachtteten. Die Beamten der zion. Exekutive, die Lehrer, die Angestellten und die Aerzte der Krankenkassen — sie alle sind Sozialisten; ihre Existenz ist zum großen Teil davon abhängig, ob die Fonde genug Geld an Spenden erhalten, um ihnen weiter die zum Teil sehr hohen Gehälter zu zahlen.

Und so war dies der erste Grund für die Empörung, die in den linken Kreisen gegen Jabotinsky ausbrach, als er mit seiner Ideologie zu den breiten Massen ging! «Jede Kritik schadet», schrie man. «Jede Kritik an Dingen in Palästina schadet den Einnahmen der Fonde und dadurch Palästina selbst! Die Kritik ist zersetzend!»

Und vor allem war die politische Kritik gafährlich, nach Ansicht der Linken. Die Sammelpropaganda der Fonde war ja darauf aufgebaut, daß die Juden Geld nur dann geben, wenn man ihnen alles in rosigen Farben schildert: Palästina ist schön — die Juden sind herrlich — die Chaluzim sind lauter Idealisten — und die Engländer sind unsere Freunde. Nur müßt ihr Golusjuden Geld geben!»... das war die bisherige Agitation. Und jetzt kam Jabotinsky und sagte: «die Engländer haben uns betrogen; ihre Verwaltung ist antizionistisch. Hunderttausende jüdischen Kapitals geht verloren, weil die Gesetze schlecht sind; es ist Gefahr in Verzug, wenn ihr nicht schnell die Mehrheit erlangt, und die Mehrheit kann man nur durch Masseneinwanderung bekommen, aber nicht durch Schnorren!»

Zu denselben Juden, denen die Linke sagte: «gebt Geld, damit andere Juden auswandern können — für euch ist Palästina nichts, ihr seid zu bürgerlich...» denselben Juden sagten die Revisionisten: «packt euer Bündel und wandert aus! Ein jüdischer Kapitalist in Palästina kann zehn jüdischen Proletariern Brot geben — ein jüdischer Proletarier auf dem Boden der Fonde angesiedelt, braucht zehn Kapitalisten, nein, braucht zehn Millionäre in Europa, die ihm das nötige Geld schenken...»

Dies ausnützend, gelang es Weizmann einen Block gemeinsamer Interessen zwischen ihm und seinen Freunden, dem hochbezahlten Beamten Kurt Blumenfeld, dem Prof. Brodetzky u. a. und der Linken zu schaffen: die Interessen der Fonde mußten in erster Linie gewahrt werden, damit der «Apparat» der zion. Organisation und der Linken weiter arbeiten könne; im Interesse der Propaganda lag es aber, nur optimistische Nachrichten über Palästina zu verbreiten — deshalb unterstützte die Linke Weizmann und trat den «alarmierenden» Tendenzen der Revisionisten entgegen.

Allmählich erkannte aber der Blinde, daß das «heilige Takziv» (das Budget) der Punkt war, der für die Sozialisten zum Zuntrum ihrer Politik wurde. Weizmann regierte in London absolut unter der Bedingung, daß er genug Geld sammelte, dafür unterstützen ihn die Linken im Kongreß, und erhielten als Belohnung dafür die Geldinstrumente der Z. O. zur Verfügung. Die «Histadruth», die scheinbar unpolitische Arbeitergewerkschaft, unterstützte mit ihrer offiziellen Zeitung «Dawar» auf Kosten der gesamten Arbeiter schaft diese Außenpolitik Weizmanns; die Einheitsfront gegen den Revisionismus war geschaffen.

Die Revisionisten verstanden, daß die Politik Weizmanns gegenüber England und den Arabern nicht geändert werden könne, ehe nicht die Arbeiterschaft Palästinas erkenne, daß sie ihre eigensten Interessen schädige, wenn sie die Politik Weizmanns (und später Arlosoroffs) mitmacht. Jabotinsky zeigte daher den Arbeitern, daß ihre wohlverstandene Solidarität mit den proletarischen Juden Europas erfordere, an Stelle der winzigen Einwanderung einer «Elite» von Protektionskindern der Partei eine Masseneinwanderung zu setzen, die nur dann möglich ist, wenn auch Kapital in Massen ins Land ströme. Er verkündete daher das Prinzip der Solidarität von Kapital und Arbeit und trat gegen die infantilen, und ökonomisch hoffnungslosen Experimente der jugendlichen Sozialisten auf, die in Palästina auf Kosten des jüdischen Volkes, und zum Schaden von tausenden anderen Proletariern, die nicht ins Land hereinkamen, weil kein Geld für sie übrig bleibt, kommunistishce Inseln in einem kapitalistischen Lande schaffen wollen.

Darauf erwiderten die kühnen Führer, indem sie Jabotinsky und seine Anhänger als größenwahnsinnige Schwärmer hinstellten, die England «zwingen» wollten, seine Politik zu ändern, die «zum Krieg mit den Arabern hetzen», und die schließlich «Feinde des Arbeiters» seien. Als aber Jabotinsky immer mehr Jugendliche begeisterte, als immer mehr Arbeiter, die gestern noch sozialistisch waren, zu ihm abschwenkten, da tat Weizmann und die Arbeiterpartei einen neuen Schritt:

sie verkauften rasch, rasch, solange sie noch die Mehrheit am Kongreß hatten, die Souveränität der Zionistischen Organ isation zu 50% an kapitalistische, nichtzionistische Millionäre und bildeten mit Nichtzionisten zusammen die neue Jewish Agency! (Kongreß in Zürisch 1929, wenige Tage vor dem Pogrom!)

Diesem Schritt einer «Arbeiterpartei» empfinden wir Revisionisten als Verrat am Zionismus, Verrat am Kongreß, Verrat am Judenstaat, Verrat an der Demokratie, Verrat am Sozialismus! Um Geld zu bekommen — das sie natürlich nicht bekamen, nebenbei gesagt — verkaufte die Linke die Souveränität des Kongresses, und machte es dadurch uns, der revisionistischen Opposition, die von Kongreß zu Kongreß ihre Wählerzahl verdoppelte, unmöglich, auf demokratischem Wege die Herrschaft im Zionismus zu erringen! Was nützte ein Kongreßbeschluß, den wir erzwangen, wenn die Linke mit den Nichtzionisten gemeinsam seine Ausführung sabotierte!

Ihr glaubt, das sei unmöglich — das können die Sozialisten, die Helden, die Märtyrer, die Chaluzim, von denen Ihr soviel gutes gehört habt, doch nicht tun? Wir lachen! Genau so so wie die Kommunisten sich beeilten, als erste den Bund mit Hitler zu schließen, der ihnen finanzielle Vorteile versprach, genau so wie Arlosoroff knapp vor seinem Tode von «Verhandlungen mit Hitler» redete, obwohl er wissen konnte, daß Hitler nicht im Traume daran denkt, einen Groschen jüdischen Geldes aus Deutschland hinauszulassen — genau so verbündeten sich die Roten in der Jewish Agency mit den Nichtzionisten! Der Kongreß 1931 beschloß z. B., das Schulwerk nicht den Waad Leumi zu übergeben, der unter sozialistischer Leitung steht — mit den Stimmen der nichtzionistischen Mitglieder der Jewish Agency-Exekutive setzte man sich über diesen Kongreßbeschluß hinweg. Der Kongreß beschloß, die Leitung der Palästina-Aemter neuen Kommissionen zu übergeben, die eine sozialistische Minderheit hätten haben sollen — mit den Stimmen der Jewish Agency-Mitglieder sabotierte der tote Arlosoroff die Durchführung dieses Beschlusses, und als Ergebnis davon erhielten die revisionistischen Chaluzim zwei Jahre lang nur etwa 5—10% der Zertifikate, statt 30—40 Prozent, wie es ihnen gebührt hätte. Der Kongreß beschloß ein Mißtrauensvotum gegen den Rektor der Universität Jerusalem, gegen den Halbkommunisten Magnes. Der Kongreß wählte eine Exekutive, wo 1 Sozialist und 2 Nichtsozialisten sassen; dieser Sozialist verbündete sich mit den 2 Mitgliedern der Jewish Agency, die Nichtzionisten waren, und überstimmte immer wieder die beiden Zionisten, den Amerikaner Newman und den polnischen Misrachi-Führer Farbstein...

*

Dieses Verhalten der Linken, die um die Erhaltung ihrer Macht und ihres Geldbeutels kämpfen, hat Jabotinsky vorhergesehn. Er hat davor den Kongreß gewarnt; nachdem der Kongreß aber seinen Warnungen nicht Glauben geschenkt hatte, ging Jabotinsky seine eigene Wege: im Kongreß, mit dem Kongreß gemeinsam, aber auch außerhalb des Kongresses. In Palästina organisierten die Revisionisten ihre eigene revisionistische Arbeiterbewegung; und da wir erkannten, daß die Stärke der Anziehungskraft der Arbeiterpartei darin beruht, daß sie schon die Jugend — die noch nicht zwischen Fortschritt und Phrase unterscheiden kann — für den Marxismus erzieht, so daß sie später das nationale Ideal geringer schätzt, als die marxistische Phrase, so erziehen wir auch schon die Jugend zum Kampf gegen den Marxismus, zum Glauben daran, daß wir Juden kein anderes Vaterland haben als Palästina, keine andere Zukunft als den Judenstaat, und keine anderen Verbündeten als die Solidarität aller Juden ohne Unterschied der Klasse.

An Stelle der Solidarität des internationalen Proletariates, die 1914 lächerlich versagt hat, und die 1933 angesichts der Hitlergreuel noch schäbiger versagt, setzen wir die Solidarität Israels. Wird Israel erst einmal die Mehrheit in Palästina, in seinem Staate haben, dann soll das freigewordene jüdische Volk über

die Formen seines sozialen Lebens streiten; bis dahin aber herrsche Waffenstillstand. Bis dahin kennen wir nur einen Klassenkampf: den des landlosen Judenvolkes gegen das landbesitzende, aber landverschwendende Herrenvolk Palästinas. Und in diesem Kampf gibt es ein einziges Gesetz: was hilft, rascher jüdische Massen ins Land zu bringen, ist heilig — was sie daran hindert, ist verboten!

Und deshalb erklären wir: heilig ist das Recht des jüdischen Arbeiters auf Arbeit; Boykott und Bann treffe jeden Juden, der verbrecherisch genug ist, eine einzige nichtjüdische Hand zu beschäftigen, solange in Palästina ein jüdischer Bruder ohne Arbeit ist. Aber ebenso heilig muß auch die Bruderschaft zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer sein, wenn beide Juden sind!

Verflucht und verbannt sei der Jude, der den Arbeitsfrieden mutwillig stört. Ein unparteiisches Schiedsgericht mit beamteten, unabsetzbaren Richtern, die das Vertrauen der Nation genießen, entscheidet Arbeitskonflikte. Frei ist seine Entscheidung; der Streik ist verboten — bis zum Tage, wo Israel den Judenstaat aufgebaut haben wird.

*

Diese Lehren gefallen den Parteibeamten der Linken nicht.

Und deshalb bekämpfen sie den Revisionismus, und nennen ihn Hakenkreuzlertum oder Faschismus. Und nennen die Revisionisten Arbeitermörder. Deshalb nennen sie unsere Arbeiter, die sich ihrem Diktat nicht fügen, Sttreikbrecher. Deshalb überfallen und verleumden sie uns! Vergeblich!

Dr. Paul J. Diamant:

Die Lüge von der Landlosigkeit

MacDonald, Paßfield und Luke wollten 1929 und 1930 das jüdische Aufbauwerk in Palästina aufhalten, um es hernach zerstören zu können. Die von den Zionisten-Revisionisten aufgeklärte und geführte zionistische Oeffentlichkeit hat diesen Angriff damals einigermaßen abwehren können. Jetzt, im Jahre 1933, knapp vor dem Zionistenkongreß, droht ein noch schwererer Angriff, eine aufgezwungene schädliche Anleihe, Beschränkung der Einwanderung und Verbot des Bodenkaufes.

Das jüdische Volk, schwächer als im Jahre 1930, gelähmt durch die überall herrschende Wirtschaftskrise, durch die Katastrophe der deutschen Judenheit und durch eine voraussichtliche defaitistische Mehrheit des kommenden Zionistenkongresses, wird alle seine noch vorhandenen Kräfte zusammennehmen müssen, um diesen neuen gefährlichen Angriff abzuwehren.

Das besonders gefährliche in dem neuzeitlichen Hamansplan ist die Tatsache, daß nebst dem bitteren Frenchbericht und seinen Folgen ein scheinbar süßer Bissen, die Anleihe geboten wird. Scheinbar süß, doch in Wirklichkeit ein vergifteter Brocken! Schwer ist die Lage für jene, die vor Süßigkeit und Gift warnen, weil es soviele Urteilslose und Bösartige gibt, die kleinlicher Vorteile wegen die große Gefahr verkennen. Wir erinnern uns noch zur Genüge jener Elemente, die sich seiner Zeit mit der schädigenden Volkszählung in Palästina einverstanden erklärten, weil man ihnen ein paar bezahlte Schreiberstellen überlassen hatte.

2,000.000 Pfund soll die palästinensische Anleihe betragen, die zu folgenden Zwecken verwendet werden sollen.

Nr. 1.	Wasserversorgung Jerusalems	300.000 Pf.
Nr. 2.	Kanalisation Jerusalems	200.000 Pf.
Nr. 3.	Postgebäude in Jerusalem	50.000 Pf.
Nr. 4.	Agrarbank	500.000 Pf.
Nr. 5.	Ansiedlung landloser Araber	500.000 Pf.
Nr. 6.	Hafen in Jaffa	150.000 Pf.
Nr. 7.	Wasserversorgung und Kanalisation von Haifa	150.000 Pf.
Nr. 8.	Wasserversorgung der arabischen Dörfer	150.000 Pf.
		2,000.000 Pf.

Die Posten 4, 5 und 8, 1,500.000 Pfund für die Agrarbank, die Ansiedlung «landloser» Araber und die Wasserversorgung der arabischen Dörfer stellen jenes Kapital dar, mit der das jüdische Nationalheim dauernd unmöglich gemacht werden soll, es ist der arabische Keren Hajessod, nur stärker und wirksamer als der jüdische, aus den Mitteln der jüdischen Steuerzahler, Anleihezeichner und Zinsenzahler! Nr. 3, ein neues Hauptpostgebäude für Jerusalem ist ein schöner Luxus, den englische Städte, volkreicher als Jerusalem, aus Gründen wohlerwogener Sparsamkeit noch entbehren müssen. Was nun Nr. 6, den Jaffaer Hafen anbelangt, so halte ich es für sehr unwahrscheinlich, auch mit einem weitaus größeren Betrag aus dem schlechtesten Hafen des Mittelmeeres einen halbwegs brauchbaren machen zu können.

Die Errichtung eines anständigen Bahnhofes in Tel-Aviv und die Verlegung des Eisenbahnknotenpunktes von Ludd nach der jüdischen Stadt wäre wohl ein nützlicheres, dem Mandatsauftrag gemäßeres Unternehmen, dies umso mehr, als ein kleines Land sich ja den bald zu Ende geführten erstklassigen Haifaer Hafen kaum erlauben darf.

Nun zu Punkt 1, 2 und 7. Es ist wohl richtig, Jerusalem und Haifa brauchen dringend anständige Wasserleitungen und brauchbare Kanäle, aber kein Kenner des Landes wird behaupten, daß es nicht noch weitaus dringendere Dinge im Lande zu tun gibt. Uebrigens ist es viel ökonomischer, solche städtische Notwendigkeiten mit Hilfe von Communal-Anleihen durchzuführen. Möge die Mandatarmacht endlich einmal nach einem gerechten Wahlsystem Stadtratswahlen in Jerusalem vornehmen lassen. Die jüdische Majorität der Hauptstadt wird schon einen erstrangigen Bürgermeister erwählen, einen zweiten Dizengoff, der nebst anderen dringenden Reformen für Trinkwasserzufluß und Kanalwasserabfluß sorgen wird. Bei diesen scheinbar allen Landesbewohnern nützlichen Projekten muß man sich vor Augen halten, daß sie aus dem Grunde alle für die Juden schädigend sind, weil die Arbeitslöhne, die größte Quote, wie die bisherige Praxis der britisch-arabischen Administration lehrt, durchwegs in die Taschen arabischer Arbeitnehmer fließt, das Arabertum stärkt und die jüdischen Landesbewohner durch den Entzug schädigt.

Gespensterhaft geistert im Frenchbericht die Landlüge von den «landlosen Arabern». Wollte man in früheren Zeiten die Juden mit der Blutlüge vernichten, so versucht man es jetzt mit der ebenso bösartigen und albernen Landlüge. 889 arabische Pächter, behauptet der Frenchbericht, wären in den letzten 12 Jahren durch jüdische Bodenkäufe «disloziert», von ihrer Scholle entfernt worden, und darum Räuber und Mörder, deshalb Antrag auf dauernde Einschränkung jüdischer Einwanderung, Verbot des Bodenverkaufes an Juden und darum 1,150.000 Pfund zur Ansiedlung «landloser» Araber. Welche hypokritische Windbeutelei! Alles Gold der Welt wäre nicht im Stande, alle landlosen Engländer in England wiederanzusiedeln, die von ihrer englischen Bauernscholle weichen mußten, weil soziale Notwendigkeiten der Neuzeit ihre eigenen Gesetze haben.

Nehmen wir einmal an, was wir aber entschieden bestreiten, die arabisch-palästinensische Bevölkerung hätte durch die jüdische Kolonisation Schaden gelitten. Darf Großbritanien — oder die zionistische Organisation — deshalb den Gedanken des jüdischen Nationalheimes aufgeben, darf die Mandatarmacht vielleicht den jüdischen Kolonisator deshalb zum Ersatz des angeblichen Schadens verhalten? Man lese das Mandat, man bemühe sich unvoreingenommen seinen Sinn zu erfassen, und man wird klar erkennen: das Mandat ist ein vom Aeropag der Völker gebildeter Vertrag zu Lasten Dritter. ist eine völkerrechtliche Servitut, die auf dem Lande Palästina — dem praedium serviens — und seiner arabischen Bevölkerung lastet. Jede Servitut der Welt kann Unannehmlichkeiten mit sich bringen, als drückend empfunden werden, Schädigung beinhalten.

Aber alle diese Erwägungen über den vermeintlichen Schaden sind noch viel weniger als eine Hypothese, denn die zionistische Kolonisation hat keinem Araber Schaden bereitet, nicht sie hat die 889 Araber landlos gemacht, sondern jene arabischen Großgrundbesitzer, die den unerhört hohen Kaufschilling ruhig einstecken, ohne die gekündigten Pächter, ihre arabischen Volksgenossen, entsprechend zu entschädigen. Welch' absurdes Verlangen, daß man dem zionistischen Kolonisator zumutet, nach allzu teuerem Kaufe, noch ein zweitesmal den Kaufpreis in Form von Entschädigungen zu zahlen.

Uebrigens, Mister French ist nicht nur ein schwacher Nationalökonom, sondern auch ein ungenauer Jurist. Ihm scheint der Unterschied zwischen damnum emergens, dem angeblichen Schaden der arabischen Pächter und dem lucrum cessans, der Hoffnung auf ihren künftigen Erwerb, nicht klar genug zu sein. Möge er sich von den britischen Kronjuristen belehren lassen, daß volle Genugtuung, also auch Entschädigung für entgangenen Gewinn nur der zu leisten hat, der einem anderen einen Schaden in böser Absicht zufügt. Aber wenn Mister French, der schlechte Jurist, wenigstens ein guter Ratgeber sein wollte, dann möge er sich mit seinem Rate wegen Entschädigung an die arabischen Bodenverkäufer wenden, die den Kaufpreis für das verkaufte Land — blutige Sammelgroschen des jüdischen Volkes — in Beirut, Nizza und Paris verprassen und an ihre armen Pächter vergessen.

Das ist die Wahrheit über die «Landlüge».

Landlos sind nicht 889 Araber, sondern 16,000.000 Juden.

Letzte Nachricht:

Rosenblatts Alibi.

Jerusalem, 27. Juli. (J.T.A.). Zwi Rosenblatt aus Kfar Saba, der jüngste im Zusammenhang mit dem Mord an Arlosoroff Verhaftete, ist heute mit der Witwe Arlosoroff konfrontiert worden. Die Polizei hat Rosenblatt nämlich deshalb in Haft genommen, weil sie glaubt, daß seine Gesichtszüge der Beschreibung entsprechen, die die Witwe unmittelbar nach dem Mord entworfen hat.

Das Konfrontationsergebnis ist vorläufig unbekannt. Rosenblatt behauptet unter Berufung auf Zeugen, daß er die ganze Zeit ununterbrochen in Kfar Saba bei der Arbeit zugebracht habe.

Antizionistisches Bodengesetz

Jerusalem, 26 Juli (I.T.A.)

Die gestrige „Official Gazette" verlautbart das neue Schutzgesetz für Landbearbeitung. Seine Bestimmungen beinhalten zahlreiche einschränkende Vorschriften für den Bodenverkauf in Palästina. Diese Vorschriften werden es den Juden praktisch unmöglich machen, Boden zu erwerben, der bisher von Pächtern besiedelt war.

Dieses Gesetz kommt einem Bodenverkaufsverbot an Juden gleich, da sämtliche große erwerbbare Ländereien von Pächtern vorübergehend besiedelt werden. Die Palästinaregierung hat somit promptest ausgeführt, was der Kolonialminister Cunliffe-Lister vergangene Worte im Parlament angekündigt hat

Kongreß-Ausgaben des „Judenstaat"

»Der Judenstaat« hat alle Vorbereitungen getroffen um seine Leser und Freunde über die Tagung des 18. Zionistenkongreßes in Prag rasch und in erschöpfendem Ausmaß informieren zu können.

Nach Prag entsandte Spezialberichterstatter werden auf kürzestem Wege (durch Flugpost, Telephonate und Telegramme) unsere Leser vom Verhandlungslauf des Kongreßes und von den internen Vorgängen auf dieser für die Judenheit bedeutsamsten politischen Tribüne in unmittelbare Kenntnis setzen.

Die Führer der revisionistischen Fraktion und der ihr befreundeten Gruppen werden in eigenen Aufsätzen und Gesprächen mit unseren Korrespondenten die Situation auf dem Kongreß und dessen Resultate beleuchten.

Die Kongreßnummern des »Judenstaat« erscheinen während der ganzen Tagung des Kongreßes in einem Zwischenraum von 2–3 Tagen.

Trotz des mehrmaligen Erscheinens und der aus der Spezialberichterstattung erfließenden bedeutenden Mehrkosten haben wir für unsere Abonnenten einen äußerst geringen Zuschlag festgesetzt. Dieser Zuschlag beträgt:

Für Oesterreich S –·50, für die Tschechoslowakei Kc 3·–, für Polen Zl. –·60, für Deutschland Mk –·40, für die Schweiz und das übrige Ausland Schweizer Franc –·50.

Um aber auch unseren Lesern, die nicht direkte Abonnenten sind, Gelegenheit zu geben, in den raschen Bezug der Kongreßnummern zu gelangen, errichten wir ein spezielles Kongreßnummernabonnement, und zwar zum Preise von: für Oesterreich S 1·–, für die Tschechoslovakei Kc 6·–, für Polen Zl. 1·20, für Deutschland Mk –·80, für die Schweiz und das übrige Ausland Schweizer Franc 1 –.

Das Kongreßnummernabonnement ist bis spätestens 10. August 1933 durch Ueberweisung des oben genannten Betrages anzumelden (in Oesterreich: Landesverband der Zionisten-Revisionisten, Postsparkassenkonto B-11 035, in der Tschechoslowakei: Gustaw Margulies, Postscheck 52.587, in Deutschland: D. Halpern, Berlin S 14, Annenstraße 15).

Einzelpreis jeder Kongreßnummer S –·25.

Administration »Der Judenstaat«

Antisemitismus—Assimilation

Konstantinopel, Mitte Juli.

Mit dem 6. Juni ist hier ein Gesetz in Kraft getreten, das jedem Einwohner, der nicht türkischer Staatsbürger ist, das Recht auf Arbeit untersagt. Ein Nicht-Staatsbürger darf nicht nur nicht ein manueller Arbeiter sein, sonderen auch kein selbständiger Unternehmer, ja in vielen Fällen nicht einmal ein Büroinhaber. Angehörige fremder Staaten können zwar von draußen her Fabriken, Werkstätten, Kaufhäuser aller Arten errichten, denn die Türkei braucht fremdes Kapital, aber fremde Arbeit — die ist verboten.

In der Türkei leben schätzungsweise einigeundachtizigtausend Juden, darunter ungefähr 45.000 in Konstantinopel. Das sephardische Element ist das weitaus wichtigste im jüdischen Gemeindeleben, da die Zahl der Aschkenazim nur ungefähr 5000 betrifft. Die sephardischen Juden machen ganze Stadtviertel aus, die im selben Maße an Umfang zunehmen als ihr Lebensstandard jährlich sinkt. Der sinkende Lebensstandard ist dem Umstand zuzuschreiben, daß die Städte sehr hoch besteuert sind, daß viele der neuen Steuern ausschließlich auf sie fallen.

Viele russisch-jüdische Flüchtlinge haben sich seinerzeit nach der Türkei gewandt, aber die meisten von ihnen wanderten allmählich wieder aus. Und für jene, die zurückgeblieben sind, entsteht nun die Frage: Wohin? Wenn für viele, die gerne türkische Staatsbürger werden möchten, sich immer neue Hindernisse auftürmen, so daß der Weg zur Einbürgerung fast nie zu Ende zu gehen ist, so ist das für einen russischen Flüchtling ein Ding der glatten Unmöglichkeit. Auf Grund des Vertrages zwischen Türkei und Sowjetrußland braucht die Türkei den russischen Flüchtlingen keine Staatsbürgerschaft zu gewähren, ausgenommen Moslemiten. Viele Russen, sowie dann und wann auch ein Jude, sind zum Islam übergetreten, um türkische Staatsbürger werden zu können.

Nominell gilt dieses Gesetz nur für ehemalige russische Staatsbürger. Nicht-Russen können theoretisch eingebürgert werden, wenn sie fünf Jahre im Lande gewohnt haben. In der Praxis aber haben die Behörden die Möglichkeit, Einbürgerungsgesuche ewig unerledigt zu lassen. Nur Moslemiten wird, wie gesagt, die Erlangung der Staatsbürgerschaft leicht gemacht.

In vieler Hinsicht ist die Lage der türkischen Juden schlechter als vor dem Kriege. Das Gesetz kennt zwar keine Benachteiligung infolge der Zugehörigkeit zu einem bestimmten Glauben oder einer bestimmten Nation, aber in Wirklichkeit sind die Rechte der Juden in der Republik um vieles verkürzt. Unter der Monarchie war es fallweise möglich, jüdische Offiziere im zivilen und militärischen Dienst zu finden. Heute gibt es keinen einzigen Juden an solchen Stellen. Post und Telegraph, Eisenbahnen und ähnliche Staatsunternehmungen sind zur Gänze judenrein.

Am stärksten macht sich der antisemitische Zug in der Armee geltend. Ein Jude kann nicht nur kein Offizier und kein Unteroffizier werden, er darf auch als gewöhnlicher Soldat keine rein militärische Funktion ausüben. Er darf keine Waffen tragen, sondern wird als Diener, Schwarzarbeiter verwendet und zum Reinigungsdienst kommandiert. Die militärischen Dienstjahre sind für die Juden Jahre der Qual. Es ist so nicht verwunderlich, daß es viele Juden vorziehen, fremde Staatsbürger zu bleiben und nicht Staatsbürger mit beschränkten Rechten zu werden.

Jetzt aber, da das neue Gesetz vom Ausschluß fremder Arbeit in Kraft getreten ist, werden viele jüdische Einwohner jede Lebenmöglichkeit verlieren.

Aus diesem Grunde wendet sich die jüdische Emigration aus der Türkei nach Süd-Amerika und Europa und insbesondere nach Frankreich. Da die meisten Sephardim Schüler der «Alliance»-Schulen sind, so verstehen sie Französisch. Erst später ist auch Palästina als Land für türkisch-jüdische Einwanderung ins Gesichtsfeld getreten; es kann aber nicht behauptet werden, daß die türkischen Juden besonderes Interesse zeigen, nach Palästina zu ziehen. Ihr Nationalgefühl ist nicht besonders entwickelt. Das Judentum ist für sie eine Sache der Religion, die übrigens Jahr um Jahr mehr die besonderen Kennzeichen verliert.

Der Zionismus hat das türkische Judentum nur gestreift und keine besonderen Spuren zurückgelassen. Eine jüdische Zeitung ist im Lande unbekannt, die meisten Frauen haben hebräische Lettern noch nie gesehen. Die Kinder der Armen besuchen Talmud-Thora-Schulen, wo ihnen ein paar hebräische Buchstaben, einige Gebete und Segensprüche beigebracht werden. Die Mittelschule der Bnei Brith in Konstantinopel, die als ein hochrangiges Institut angesehen wird und an deren Spitze ein national gesinnter und einsichtiger Mann steht, widmet nur wenige Stunden dem hebräischen Unterricht. Die jüdischen Kenntnisse der Absolventen dieser Schule sind nicht nennenswert.

Es gibt kein jüdisches öffentliches Leben in Konstantinopel und kein jüdisches Nationalbewußtsein. Der Name Palästinas ist nur selten zu hören. Die türkischen Juden leben im Wahn, den Namen Palästina nicht über die Lippen bringen zu dürfen, da Palästina von der Türkei abgetrennt wurde.

Trotzdem beginnt die Realität Palästinas als des Landes, das angesichts des Zusammenbruchs der jüdischen Positionen in der Welt Hunderttausenden von Juden Lebensmöglichkeit bietet, auch auf die türkischen Juden einzuwirken, das in ihrem Unterbewußtsein schlummernde Nationalgefühl zu wecken.

*

Die Welle des Antisemitismus in Deutschland ist auch nach dem Irak gedrungen. Antisemitische Geheimgesellschaften sind in Erscheinung getreten. Ueber Nacht sind plötzlich in den Straßen und in den Häusern Aufschriften folgenden Inhalts zu lesen gewesen: «Füllt euere Hand mit dem Blut aller jener, die anderen Glaubens sind und wendet gegen sie dieselbe Politik an wie Hitler».

In den letzten zwei Monaten ist das Leben der Juden im Irak in ein gefährliches Stadium getreten. Es sind zwar vorläufig nur wenige Exzesse zu verzeichnen, aber einer von ihnen ist von typischem Charakter. Nach einem Gottesdienst in der Basrah-Moschee, attakierte ein mohammedanischer Mob das Haus des Juden Abdullah Ruphael, schlug die Einwohner blutig und demolierte das Haus. Die Polizei erschien erst nach vollbrachter Tat. Einige Mohammedaner wurden verhaftet, aber sogleich wieder freigelassen. Die geschädigten Juden wurden obendrein angeklagt, die Exzedenten angegriffen zu haben.

In Bagdad hetzen die Lehrer offen die mohammedanischen Schüler gegen die jüdischen auf, mit der Beschuldigung, die Juden seien gegenüber dem Staate Irak unloyal, wie überhaupt die antisemitische Hauptparole die ist, daß es den Juden an Patriotismus mangelt, trotzdem die Juden selbst sich überpatriotisch gebärden. Sie halten sich von jeder jüdischen Bewegung fern und meiden jede zionistische Tätigkeit. Während der Unruhen in Palästina im Jahre 1929 zeigten sie nicht nur keine Sympathien gegenüber den überfallenen Brüdern in Palästina, sondern distanzierten sich auch öffentlich vom palästinensischen Judentum, indem sie erklärten, daß sie in den palästinensischen Juden nicht mehr als Religionsgenossen sehen. Gleich vielen deutschen Juden haben die Juden des Irak öffentlich erklärt, die Politik «Irak und nur Irak» zu akzeptieren.

Viel hilft ihnen das bei den Autijuden des Irak allerdings nicht.

Aus der jüdischen Welt

Am 15. Juli fand in der Liberalen Synagoge von Nord-London die Aufnahme Lord Melchetts in die jüdische Glaubensgemeinschaft durch den Seelsorger der Synagoge Rev. M. L. Perlzweig, Ehrensekretär der English Zionist Federation, statt.

Nach dem Gottesdienst teilte Rev. Perlzweig Pressevertretern mit, daß Lord Melchett, der als Kind getauft und im Bekenntnis der englischen Hochkirche erzogen worden war, seit einigen Jahren keine aktive Verbindung mehr zur Kirche unterhielt. Nicht gewisse Entwicklungen im Ausland seien in erster Reihe für seinen Schritt maßgebend gewesen, dieser sei vielmehr der Ausdruck innerer Ueberzeugung. Lord Melchetts inniger Kontakt mit Juden und jüdischen Einrichtungen, den er durch seine Arbeit für Palästina gefunden habe, habe ihn zum Studium des Judentums geführt, dessen Lehre ihn immer stärker angezogen habe. Sein formeller Uebertritt sei auf Grund nachhaltiger Ueberlegung und eifrigen Studiums und nach einer langen Zeit eingehender Erörterungen mit Rev. Perlzweig erfolgt. Ein zum Teil wohl von seinem Vater ererbtes Gefühl der Verbundenheit mit der jüdischen Gemeinschaft in Palästina sei die Voraussetzung seiner Annäherung an das Judentum gewesen.

*

Der unter dem Präsidium Professor Albert Einstein stehende Weltverband jüdischer Studenten wird seinen nächsten Weltkongreß auf Einladung der Vereinigung jüdischer Hochschüler Großbritaniens in der Zeit vom 2. bis zum 4. August in London abhalten. Dem Organisationskomitee des Kongresses gehören Rev. M. L. Perlzweig als Vorsitzender, Lord Melchett als Schatzmeister und P. D. J. Druiff von der Londoner School of Economics als Sekretär an.

Bisher haben die jüdischen Studentenorganisationen Oesterreichs, Dänemarks, Danzigs, Deutschlands, Großbritaniens, Frankreichs, Ungarns, Lettlands, Litauens, Palästinas, Polens, Rumäniens und der jüdischen Studentenschaft Amerikas, Kanadas und Südafrikas Vertreter zum Kongreß angemeldet.

*

Im Herbst soll in New York unter den Auspizien der New School of Social Research eine «Universität des Exils» errichtet werden, deren Professorenkollegium aus Gelehrten, die aus Deutschland ausgewandert sind, bestehen soll. Die Mehrzahl der Professoren werden voraussichtlich jüdisch Gelehrte sein. Die Namen der in Aussicht genommenen Mitglieder des Professorenkollegiums wurden bisher noch nicht veröffentlicht. Es verlautet, daß unter ihnen Gelehrte von Weltruf sind. Die Anstellungsdekrete werden zunächst auf zwei Jahre lauten. Am 15. Juli hat sich der Direktor der New School Dr. Albin Johnson nach Europa begeben, um die dort notwendigen Vorarbeiten für die Universitätsgründung zu Ende zu führen. Die Anstalt wird aus öffentlichen Mitteln erhalten werden.

Zwischenfall im Wiener Palästina-Amt

Wir erhalten von Herrn M. G., dem Herausgeber der dem Misrachi nahestehenden jüdischen Korrespondenz, nachstehende Zuschrift:

Die Verteilung, der seitens des Immigrationsdepartements zugeteilten Palästinazertifikate fand dieser Tage statt, und die hier in Wien mit den klassenkämpferischen Poale-Zionisten verbündeten und bei den Kongreßwahlen gekoppelten allgemeinzionistischen Vertreter haben die Chaluzimaspiranten des religiös-nationalen Misrachi-Verbandes, welcher unter Führung des Rabbiners Salomon Friedmann steht, bei der Verteilung einfach ganz übergangen, trotzdem laut dem vorhergehenden Kommissionsbefund dieser Verband sowohl praktisch wie auch zionistisch-ideologisch das beste Material stellte. Die Chaluzim dieser bürgerlichen Gruppe wollten sich diese Uebergehung nicht gefallen lassen und sind fünfzig Mann stark letzten Donnerstag abends in das Lokal des Palästina-Amtes gezogen, wo sie die Räume besetzten und nicht weichen wollten, um zu erwirken, daß das Präsidium des Palästina-Amtes die Zusicherung gebe, eine neue Verteilungssitzung einzuberufen und den widerrechtlich erbrachten Beschluß zu reassumieren. Vier volle Stunden dauerte die Belagerung und der telefonische Verkehr mit dem Obmann des Amtes Dr. Horowitz, bis dieser sich dazu bequemen mußte, eine Abordnung der Misrachisten zu empfangen und ihnen die Zusicherung zu geben, daß er die Einberufung einer neuerlichen Sitzung in Erwägung ziehen werde, umsomehr als in dem Protest, welchen der Misrachi-Landesverband an die Exekutive in Jerusalem richtete, der Beweis geführt wird, daß infolge gewisser unerlaubter Einflüsse Leute beteilt wurden, welche den textuell vorgeschriebenen Zertifikatsbedingungen keinesfalls entsprechen, Leute hingegen, nur weil sie bürgerlich orientiert und religiös eingestellt sind, glatt übergangen wurden. Die Leitung ist der Ansicht, daß es nicht angeht, die Zertifikate fast nur an marxistisch orientierte Chaluzim zu verabfolgen, die durch ihre klassenkämpferische Gewerkschaft in Palästina schon unzählige Gewalt- und Terrorakte inaugurierte, ja zum System machte.

Zionisten! Tretet dem Landesverband der Zionisten-Revisionisten Österreichs bei!. Anmeldungen (auch schriftlich) Monntag bis Donnerstag, 12-13 und 19-20 Uhr im Sekretariat, IX., Berggasse 16.

Der Keren Kayemeth, Wien versendet eine Zuschrift des Dr. E. M. Zweig, Jerusalem, in der es heißt:

«Seit Monaten werde ich von zionistischen und nichtzionistischen Bekannten, ja auch von Leuten mit denen ich früher nie etwas zu tun hatte und die irgendwie an mich empfohlen sind, mit brieflichen Anfragen wegen Palästina bestürmt. Dabei bin ich keine Ausnahme; es geht vielen anderen Palästinensern ebenso. Neuerdings habe ich mich entschlossen, in meinen Antworten den Fragestellern nahezulegen, sie wollen für diese Auskunft eine Spende an den KKL abführen».

Der Keren Kayemeth Oesterreich empfiehlt den Anfragern, ihre Spenden vorher an den Keren Kayemeth abzuführen, um in der Lage zu sein, sich gegenüber ihren Auskunftspersonen mit der Keren Kayemeth-Quittung ausweisen zu können.

**Eigentümer, Herausgeber und Verleger: Landesverband der Zionisten-Revisionisten Oesterreichs, Wien, 9., Berggasse 16, für den Inhalt verantwortlich: Dr. Heinrich Glücker, Wien, 8., Lammgasse Nr. 10 — Druck: Appel & Co., Wien, 9., Liechtensteinstraße Nr. 21, Telephon Nr. A-16-1-14
Alleinige Anzeigen-Annahme Annoncen-Expedition Heinrich Schalek, Wien, 1., Wollzeile 11, Tel. R-26-0-81, R-26-0-82**